

Einführung

Weltanschauungsdiktaturen haben die Geschichte des „kurzen 20. Jahrhunderts“ – beginnend mit dem Ersten Weltkrieg, endend mit dem Untergang der Sowjetunion – geprägt.¹ In den ihnen zugrunde liegenden eschatologischen Großideologien mit exklusivem Wahrheits- und Erklärungsanspruch sahen viele eine zentrale Differenz zu den „Tyranneien“, „Despotien“ und „Autokratien“ früherer Jahrhunderte. Ohne die Integrations- und Verführungskraft ihrer Heilslehren wäre die Attraktivität nicht zu erklären, die totalitäre Bewegungen zumindest zeitweilig auf größere Teile der Bevölkerung auszuüben vermochten. Der Absolutheitsanspruch auf das Wahre und Gute begründet die beispiellose Intensität der Herrschaftsdurchdringung, den hohen Grad der Entpluralisierung der Gesellschaften. Spezifische Formen der Repression wie die Einrichtung von Konzentrationslagern und die Verfolgung und Vernichtung „objektiver Feinde“ (Hannah Arendt) sind ohne Rückgriff auf entsprechende Überzeugungs- und Rechtfertigungssysteme nicht zu verstehen. Ohne sie wären auch die besonderen Formen kriegerisch-imperialer Machtentfaltung kaum angemessen zu deuten.

Wer von Weltanschauungsdiktaturen spricht, hat bereits einen Vergleich vorgenommen, Typen von Diktaturen gebildet und verschiedene komparative Ebenen unterschieden. Mit Recht leitet der Magdeburger Historiker Detlef Schmiechen-Ackermann seinen der Methodik des Diktaturvergleichs gewidmeten Beitrag mit der Bemerkung ein, die gerade in deutschen Diskussionen immer wieder ausgesprochenen Vergleichsverbote entsprächen keinesfalls den längst erreichten internationalen Standards der Diktaturforschung. Wissenschaftlich fruchtbare Vergleiche – etwa der beiden Weltanschauungsdiktaturen in Deutschland – setzen jedoch einen methodisch reflektierten Zugriff voraus, der nicht zuletzt dem Problem der Diachronie Rechnung zu tragen hat. Gewiss geht es in vergleichenden Untersuchungen – ob sie nun stärker auf das politische System in seiner Ganzheit (integraler Vergleich) oder auf die Gegenüberstellung wichtiger Teilbereiche (sektoraler Vergleich) bezogen sind, ob sie eher einer „verstehenden“, empirisch-analytischen oder einer „urteilenden“, „normativ-kontrastierenden“ Intention folgen (so lauten die wichtigsten der Vergleichstypen Schmiechen-Ackermanns) – um die Herausarbeitung von Gemeinsamkeiten, Analogien, Isomorphien. Gleichzeitig werden jedoch auch stets charakteristische Unterschiede sichtbar, die bei kontrastierenden Vergleichen sogar im Vordergrund stehen – besonders dann, wenn man die historisch-genetische Dimension entsprechend akzentuiert.

1 Siehe zu dieser Periodisierung Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995.

Wenn das NS-Regime mit dem der SED verglichen wird, so geschieht dies meist unter dem Gesichtspunkt des diktatorischen Charakters mit der Negation von Gewaltenteilung und Pluralismus und der herrschaftsstrukturellen Bedeutung von Massenmobilisierung und Ideologisierung. Diese Perspektive ist dem an der Technischen Universität Chemnitz lehrenden Politikwissenschaftler Eckhard Jesse zwar nicht fremd, doch wählt er einen anderen Zugang. Nach einführenden Überlegungen zu den verschiedenen Formen eines Diktaturvergleichs sucht er die Frage zu beantworten, ob die beiden Diktaturen in Deutschland „deutsche“ Diktaturen waren – vor allem mit Blick auf deren Entstehung und Ende. Während der Nationalsozialismus genuin deutschen Ursprungs gewesen ist, trifft das auf die DDR als „abgeleitete“, von der Sowjetunion beherrschte Diktatur nicht zu. Gleichwohl sind Spezifizierungen an diesem Bild angebracht. Der Beitrag erörtert, welche Konsequenzen sich aus den Befunden ergeben. Ferner geht es Jesse darum, weitere sinnvolle Fragen für einen Vergleich der beiden Diktaturen aufzuwerfen (nach der Ausprägung des Totalitarismus, dem Grad an Religionsähnlichkeit, dem Verhältnis von Normen- und Maßnahmenstaat, den Phasen der Herrschaftsentwicklung, dem Sozialismusverständnis, der Zwangsläufigkeit der Diktaturen und ihres Endes, der Bedeutung der Feindbilder).

Weniger um NS- und SED-Regime selbst als um die in der NS- und SED-Forschung verwendete Begrifflichkeit geht es in dem folgenden Essay des emeritierten Germanisten von der Pariser Sorbonne, Gilbert Merlio. Er nimmt die oft verwirrende Vielfalt der Etiketten, die unangepasstem bis widerständigem politischen Verhalten in beiden Regimes angeheftet werden, zum Anlass für grundsätzliche Reflexionen. In Anlehnung an Ian Kershaw plädiert er für eine Dreiteilung in der Form konzentrischer Kreise. Im äußersten Kreis siedelt er alle Phänomene der mehr oder weniger passiven oder reaktiven Verweigerung bzw. Resistenz an. Im mittleren Kreis befindet sich eine Opposition, die „das Regime aufgrund eines ideologisch-politischen Dissenses teilweise, in der Hoffnung auf seine Reform, ablehnt“. Im Zentrum schließlich steht nach dieser idealtypischen Unterscheidung der eigentliche Widerstand. Damit sind Formen politischen Verhaltens gemeint, die aktiv und politisch bewusst auf den Sturz des Regimes zielen.

Nicht auf die Überwindung, sondern auf die Verankerung und Stabilisierung des Regimes gerichtet waren die Schulungssysteme der Diktaturparteien. Ende Oktober 1944 hatte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck im Rahmen eines Vortrags auf der Exil-Parteischule in Moskau erklärt, die kommunistische Partei müsse nach ihrer Wiedergründung im besetzten Deutschland „ähnliche Einrichtungen“ etablieren, wie sie die „Nazipartei auf ihren Ordensburgen für reaktionäre Zwecke geschaffen hat“. Für Pieck schien ohne weiteres festzustehen, dass sich die neue KPD in Fragen der Parteischulung und Kaderausbildung formal an nationalsozialistische Vorbilder anlehnen könne. Doch welche Wege beschritt die kommunistische Partei tatsächlich? Versuchte sie sich wirklich an der Parteischulung und Kaderpolitik der NSDAP zu orientieren, oder verfolgte sie

nicht doch eigene originäre Wege der Herrschaftssicherung? Der Beitrag des Historikers Mike Schmeitzner (Hannah-Arendt-Institut) analysiert und vergleicht beide Schulungssysteme, zeichnet dabei den nationalsozialistischen und kommunistischen Weg auf zentraler und regionaler Ebene nach und fragt nach deren gesellschaftlicher Reichweite. Abschließend werden die strukturellen Gemeinsamkeiten und Unterschiede vor dem Hintergrund des übereinstimmenden Anspruchs auf „Totalität“ der jeweiligen Weltanschauung erörtert, ohne den spezifischen Einfluss einzelner Personen bei der Systemetablierung zu vernachlässigen.

Wer ideologiegeleitete Diktaturen vergleichend untersuchen möchte, muss auch deren Orientierungssysteme unter die Lupe nehmen. Ausgehend von dieser Überlegung unternimmt der Politikwissenschaftler Lothar Fritze (Hannah-Arendt-Institut) den Versuch, strukturelle Parallelen und inhaltliche Differenzen von kommunistischer und nationalsozialistischer Weltanschauung herauszuarbeiten. Sein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Umstand, dass beide Weltanschauungen trotz ihrer inhaltlichen Unterschiede als Herrschaftsideologien totalitärer Diktaturen tauglich waren. Insbesondere haben sie sich als geeignet erwiesen, ein opferträchtiges politisches Handeln (scheinbar) zu legitimieren. Ohne die Falschheit und Fragwürdigkeit der Ideensysteme nachzuweisen, analysiert Fritze das ihnen innewohnende Potential, den Einsatz an sich schlechter Mittel zur Erreichung guter Ziele unter gegebenen Ausnahmehinbedingungen als erlaubt zu begründen. Zu diesem Zweck war es weder erforderlich, die Weltanschauungen des Kommunismus und Nationalsozialismus in ihrer Gänze darzustellen, noch deren ideengeschichtliche Wurzeln freizulegen. Vielmehr geht es um ein Verständnis dieser Denkgebäude als Quelle der Inspiration für ein – zumindest im Ergebnis – verbrecherisches Handeln. Das Hauptaugenmerk liegt dementsprechend auf den „strukturellen Parallelen“ beider Weltanschauungen. Es zeigt sich, dass beide Ideensysteme hinsichtlich ihres Aufbaus und ihrer Konstruktionselemente sowie hinsichtlich maßgebender Denkfiguren erhebliche Ähnlichkeiten aufweisen. Die von Fritze vorgelegte Weltanschauungsanalyse kann zum einen plausibel machen, dass es im kommunistischen wie im nationalsozialistischen Machtbereich zu illegitimen politischen Zwangsmaßnahmen und Massenverbrechen kommen konnte, und sie kann zum anderen erklären, wieso es Ideologieproduzenten und Tätern möglich war, sich ein subjektiv gutes Gewissen zu bewahren.

Der Beitrag des früheren Iswestija-Korrespondenten und heutigen Professors am Institut für wissenschaftliche Informationen im Bereich Gesellschaftswissenschaften (INION) der Russischen Akademie der Wissenschaften, Boris Orlov, fällt insofern etwas aus dem Rahmen, als er autobiographische Erfahrungen mit wissenschaftlicher Analyse verknüpft. Er zeichnet die eigene intellektuelle Entwicklung und die anderer sowjetischer Intellektueller nach, die noch in der Breschnew-Ära allmählich kritische Distanz gegenüber dem eigenen System gewannen und im „Samisdat“ zirkulierende Schriften von Autoren wie Arthur Koestler, George Orwell und Alexander Solschenizyn lasen. Während der „Pe-

restroika“ boten sich Freiräume für öffentliche Diskussionen, und man begann, die Publikationen der westlichen Diktatur- und Totalitarismusforschung zu rezipieren. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung in den neunziger Jahren. Nach einer knappen Skizze zur politischen Entwicklung der Sowjetunion von der Oktoberrevolution bis zu ihrem Untergang erörtert Orlow die Frage nach den Besonderheiten des sowjetischen Totalitarismus. Für ihn wurde das totalitäre System unter Lenin etabliert und trat nach dem Tod Stalins in einen beinahe 40 Jahre langen „Zerfalls- und Fäulnisprozess“ ein, der auch deshalb an sein Ende gelangt sei, weil die Bildungsanstrengungen des Systems einen Menschentyp hervorbrachten, der kritische Distanz zur Theorie und Praxis der kommunistischen Partei gewann.²

War die Sowjetunion bis zu ihrem Ende totalitär? Oder bildeten sich im „Zerfallsprozess“ autoritäre Züge heraus? Zur Beantwortung dieser Frage vermag der Beitrag der beiden Regensburger Politikwissenschaftler und Ostmitteleuropa-Experten Jerzy Mácków und Margarete Wiest beizutragen. Sie gehen von der Beobachtung aus, dass sich die vergleichende Systemforschung bislang intensiv mit den Konzepten „Totalitarismus“ und „Demokratie“, wenig hingegen mit dem des „Autoritarismus“ auseinandergesetzt hat. Die Folge sei zum einen eine unklare Grenzziehung zu den anderen Herrschaftstypen, woraus sich wiederum Probleme bei der Einordnung der Systeme der „gescheiterten Demokratisierung“ ergäben. Zum anderen seien die Kriterienkataloge zur Definition und Typologisierung autoritärer Regime unterentwickelt geblieben. Vergewagt man sich, wie extrem unterschiedlich sich die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Autoritarismen darböten, so zeige sich schnell die Unmöglichkeit einer sinnvollen Klassifikation autoritärer Systeme. Anhand der verschiedenen Dimensionen des Autoritarismus lasse sich jedoch eine Typologisierung vornehmen. Die relevanten Dimensionen betreffen die soziale (modern versus nicht-modern), staatliche (schwacher versus effizienter Staat), rechtliche (rechtsstaatlich versus nicht-rechtsstaatlich), pluralistische (civil society – andere Varianten des Pluralismus) und institutionelle (Regierungssystem, Wahlsystem usw.) Ebene. Auf der Grundlage ihrer Typologie versuchen Mácków und Wiest, Aussagen über die Entwicklungsoptionen autoritärer Systeme zu treffen. Es ist zu wünschen, dass von diesem Beitrag Impulse für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem variantenreichen Feld als „autoritär“ geltender Regimes ausgehen. Dies könnte auch auf die wissenschaftliche Analyse „demokratischer“ und „totalitärer“ Formen befruchtend zurückwirken.

Gerhard Besier

2 Vgl. im Unterschied dazu etwa Manfred Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998, S. 741–754.